

1. Förderschulsystem

1. *Sachsen-Anhalt verfügt über ein sehr differenziertes Förderschulsystem, welches Schüler*innen mit zusätzlichem Förderbedarf die Möglichkeit bietet, unter Nutzung von fachlich hoch spezialisierten personellen und materiellen Ressourcen hier im Rahmen individualisierter Förderung ihr Leistungspotenzial optimal zu entfalten und zu größtmöglicher Selbstständigkeit zu gelangen. Gleichzeitig streben viele Betroffene einen inklusiven Bildungsweg in allgemeinbildenden Grund- und weiterführenden Schulen an.*

*Welche Rahmenbedingungen wollen Sie schaffen, um Schüler*innen im inklusiven Unterricht eine vergleichbare Förderung zuteilwerden zu lassen?*

2. *Individuelle Beeinträchtigungen an der Teilhabe von Bildung wirken sich in unterschiedlichen Entwicklungsphasen unterschiedlich stark aus und benötigen somit eine jeweils angepasste individuelle Förderung mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen, die unter Umständen verschiedene Schulformen während der jeweiligen Schullaufbahn benötigt.*

*Was wollen Sie unternehmen, um die Durchlässigkeit dieses Systems für den Einzelnen zu gewährleisten und wie soll sichergestellt werden, dass auch Schüler*innen mit Förderbedarf zu vergleichbaren schulischen Abschlüssen gelangen können?*

Die Fragen werden zusammen beantwortet:

Die SPD steht wie keine andere Partei für Bildung und Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder egal welcher Herkunft, sozialem Status oder Förderbedarfen. Für uns beginnt Bildung nicht erst mit der Einschulung, sondern bereits mit der frühkindlichen Bildung und dem Bildungsprogramm „Bildung elementar“ in den Kitas.

Wir streben eine inklusive Schullandschaft an, in der es ein soziales Miteinander gibt, das frühzeitig fördert und nicht ausgrenzt. Dafür müssen die Schulen entsprechend personell und materiell ausgestattet sein. Die SPD setzt sich für eine schrittweise und regional differenzierte Entwicklungsplanung ein. Inklusion gehört zum Selbstverständnis sozialdemokratischer Bildungspolitik. Jeder Versuch der Rückentwicklung wird von uns verhindert, da nur mit Inklusion eine tatsächlich gerechtere Welt möglich ist. Wir wollen daher die Verstetigung des Projekts „Inklusive Bildung Sachsen-Anhalt“ an der Hochschule Magdeburg-Stendal, das für die Sensibilisierung und Schulung von (angehenden) Lehr-, Fach- und Führungskräften zum Thema Inklusion zuständig ist sowie ein neues Förderschulkonzept, das inklusive Bildung vom Kind herdenkt und nicht von den Strukturen.

Mit einer entsprechenden Ausstattung der Schulen wird es gelingen, Schüler*innen mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen gerechte Bildungschancen zu eröffnen und ihnen einen guten Schulabschluss zu ermöglichen. Deshalb stellt Integration und Inklusion eine Querschnittsaufgabe dar. Diese bezieht sich jedoch nicht nur auf Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedarfen oder Einschränkungen. Inklusion bedeutet vielmehr Chancengleichheit und Diskriminierungsfreiheit für alle. Schulen benötigen hierfür umfangreiche personelle und materielle Ressourcen und müssen in ihrer Schulinfrastruktur angepasst und verbessert werden. Die pädagogische Arbeit verdient Rückhalt und Anerkennung. Wir wollen mehr Förderschullehrkräfte einstellen – auch Seiteneinsteiger.

3. *Auch an Förderschulen können Abschlüsse erworben werden, die den Abschlüssen der Sekundarschule entsprechen. Trotzdem kommt es viel zu oft vor, dass Schüler*innen, die einen entsprechenden Abschluss erworben haben, keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben und ihnen nicht selten aufgrund ihrer zugrunde liegenden Behinderung nur die Möglichkeiten im Rahmen der Behindertenwerkstätten bleiben.*

*Was wollen Sie unternehmen, um diese Benachteiligungen abzubauen und die Integration dieser Schüler*innen in den ersten Arbeitsmarkt zu fördern?*

Sachsen-Anhalt weist einen Anteil von rund 8 Prozent der Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf. Rund ein Drittel der Eltern wählt den Gemeinsamen Unterricht an den allgemeinen Schulen, wo alle Kinder gemeinsam lernen. Dieser Anteil ist in den letzten 10 Jahren kontinuierlich angestiegen, was beweist, dass Eltern eine allgemeinbildende Schule für ihre Kinder bevorzugen. Der gemeinsame Unterricht setzt personelle und materielle Ressourcen voraus, um jedem Kind eine gute Entwicklung zu ermöglichen und sein Potenzial bestmöglich auszuschöpfen. Wir setzen uns für ein sozial durchlässiges, inklusives und qualitativ hochwertiges Bildungssystem, in dem jede*jeder individuelle Förderung nach ihren*seinen Entwicklungsmöglichkeiten erhält. Dafür brauchen wir baulich und pädagogisch barrierefreie Schulen.

Wir stehen zum Konzept des gemeinsamen Unterrichts und setzen uns auf dem Weg zu einer inklusiven Schule für ein neues und grundlegend überarbeitetes Förderschulkonzept ein. Auf dem Weg zu einer inklusiven Bildung sind mehr Zusammenschlüsse und Kooperationen an den allgemeinbildenden Schulen notwendig. Gesellschaftliche Teilhabe wird durch das Erreichen von Schulabschlüssen und Chancen auf ein eigenständiges Leben und Arbeiten erreicht und nicht durch Ausgrenzung. Leider verlassen zu viele Schüler*innen die Förderschulen ohne Schulabschluss, da sie zu lange untercurricular unterrichtet wurden. Wir wollen, dass jedes Kind ein Schulzeugnis erhält, das die erworbenen Kompetenzen beschreibt und Zugänge zum Arbeitsmarkt eröffnet.

2. Ganztagsbetreuung

1. *Dass Betreuungseinrichtungen, wie Schulen und Horte die unter unterschiedlichen Rechtskreisen geführt werden, regelmäßig an Grenzen stoßen, ist für uns Eltern die auf beide Einrichtungen angewiesen sind, Alltag. Unter der derzeitigen Pandemie wird dieses aber noch wesentlich gravierender deutlicher (Hygienevorschriften, Kohorten etc.). Andere Bundesländer gehen seit Langem den Weg der "echten" Ganztagschule.*

Halten Sie es in Anbetracht der nun überdeutlich aufgetretenen organisatorischen Probleme für notwendig, in der Ganztagsbetreuung von Kindern in den Klassenstufen 1–6 neue Wege zu gehen?

Sehen Sie dabei die Zusammenführung in einem Rechtskreis als eine der notwendigen Maßnahmen zur Überwindung der organisatorischen Probleme?

Längeres gemeinsames Lernen ist ein Erfolgsmodell, und es muss mit Modellen der Ganztagschule zusammen gedacht und entwickelt werden. Wir schaffen so passgenaue schulische Angebote, die der Vielfalt des ländlichen und des städtischen Raumes gerecht werden. Dabei müssen wir bessere Lösungen für Schüler*innenbeförderung und die Organisation von Schulwegen finden, um schulische und außerschulische Angebote besser aufeinander abzustimmen. Unser Ziel muss es sein, die Fahrten zur Schule nicht künstlich zu verlängern, sondern vielmehr den kürzesten und direktesten Weg zu ermöglichen. Wir sind der Auffassung, dass Lernen Zeit und Gemeinschaft braucht. Daher wollen wir mehr Ganztagschulen von Jahr zu Jahr und in einem ersten Schritt Grundschulen und Horte zu Ganztagschulen zusammenführen.

3. digitale Bildung

1. *Wir Eltern haben in dem letzten Jahr sehr stark wahrgenommen, dass die Schulen, Lehrer und Haushalte über sehr unterschiedliche technische Möglichkeiten und Kenntnisse verfügen.*

Welchen angepassten Bedarf, sehen Sie bei der IT-Ausstattung und entsprechender Schulungen für Lehrkräfte, pädagogische Mitarbeiter und natürlich Schüler?

2. *Mit der Pandemie und den damit einhergehenden schulischen Lockdown sind die Defizite in der digitalen Bildung überdeutlich sichtbar geworden. Gerade das Distanzlernen ist zu Beginn der Pandemie nicht vorhanden gewesen. Ein Jahr nach Beginn Pandemie, gibt es nicht nur unterschiedliche Ansätze, sondern auch sehr unterschiedliche Angebote in den einzelnen Schulen und dem Land. Es fehlt offensichtlich ein zentrales landesweites Konzept wie Distanzunterricht stattfinden soll und welche Mindeststandards erfüllt werden müssen, um den Rechtsanspruch auf Zitat Landesverfassung Artikel 25 "Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf seine Herkunft und wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seine Begabung und seine Fähigkeiten fördernde Erziehung und Ausbildung." zu erfüllen. Distanzunterricht wird in der Zukunft eine wichtige Rolle spielen und sich als eine Form des Unterrichtsangebots darstellen.*

Inwieweit sehen Sie ein solches Konzept als dringend geboten? Was wollen Sie unternehmen, um ein solches Konzept zu entwickeln? Welche Akteure sollten an der Erstellung des Konzeptes mitwirken? Was werden Sie unternehmen, um dieses Konzept zeitnah zu entwickeln?

Die Fragen werden zusammen beantwortet.

Die Erfahrung mit der Covid-19-Pandemie und der Wechsel von Distanz- und Präsenzlernen an unseren Schulen hat uns gezeigt, an welchen Stellen das Bildungssystem in Sachsen-Anhalt Nachholbedarfe hat und wo Innovationen möglich sind. Die Pandemie hat uns nun einem unfreiwilligen Praxistest unterzogen. Sie hat gezeigt, dass wir unzureichend im Bereich des digitalen Lernens vorbereitet waren, und zwar sowohl in den Schulen wie auch zu Hause. Das betrifft die didaktische Aufarbeitung von Lerninhalten, die Sicherheit von Lehrkräften im Umgang mit digitalen Lehrmethoden, die Ausstattung mit Hardware und deren Wartung, die Anbindung an schnelles Internet und die Verfügbarkeit gut nutzbarer Lernplattformen.

Für einen verstärkten regelhaften Einsatz digitaler Medien im Unterricht bedarf es deshalb zukünftig einer großen digitalen Bildungsoffensive, die wir aber meistern können. Denn trotz der schwierigen Ausgangsbedingungen ist der Schub, den die Pandemie an dieser Stelle gegeben hat, unübersehbar. Wir brauchen jetzt seitens der Bildungsadministration und der Schulträger eine progressive Grundhaltung. Das betrifft die Ausstattung mit Hardware insbesondere in Form von unterrichtsgerechten Endgeräten, die Anbindung an schnelles Internet, aber gerade auch die Erweiterung von Kapazitäten für unsere bereits vorhanden, gut nutzbaren webbasierten Lern- und Lehrinhalte wie emuCLOUD und emuTUBE. Dann kann eine Aufarbeitung und Bereitstellung gut nutzbarer digitaler Inhalte durch Lehrkräfte erfolgreich sein. Die Corona-Krise hat gezeigt, was in diesem Bereich möglich ist. Neu entstandene Schulblogs für die Kommunikation von Lehrenden und Lernenden, Plattformen und Lernsoftware sind für viele keine Fremdworte mehr und werden von immer mehr Lehrkräften verstärkt genutzt. Es sind gute Lösungen entstanden, vor allem aber eine große Motivation, hier intensiv weiter zu arbeiten.

Wir wollen zusammen mit der Bildungsverwaltung die Dynamik dieser Entwicklung aufnehmen und bessere Rahmenbedingungen für digital gestütztes Lernen schaffen. Wir müssen viel schneller als bisher geplant die Ausstattung der Schulen verbessern. Es muss sichergestellt werden, dass die bestehende Lernplattform „Moodle“ hinsichtlich ihrer rechnergestützten Kapazität erweitert wird. Gute Inhalte und Werkzeuge müssen zusammen mit

Bildungspraktikern entwickelt und eingestellt werden. Schulen müssen die für sie geeigneten Lernplattformen kennen und nutzen können. Wir müssen Unterstützung geben, damit alle Schüler*innen ein unterrichtsgereignetes Endgerät wie einen Laptop oder ein Tablet zu Hause haben, um digitale Angebote überhaupt nutzen zu können. Die Ausstattung damit darf nicht davon abhängen, in welcher Familie mit welchen finanziellen Möglichkeiten man als Kind oder Jugendliche*r lebt. Wir sorgen für gleiche Rahmenbedingungen im Sinne von Chancengleichheit für Schüler*innen. Die Nutzung von digitalen Angeboten zur Vertiefung und Wiederholung von Lernstoff für Schüler*innen bringt große Vorteile.

Wir brauchen daher eine Bündelung aller verfügbaren Mittel von Bund und Land, um damit für den Unterricht geeignete Endgeräte für alle Schüler*innen zu beschaffen. Wir wollen, dass jedes Kind und jede*r Jugendliche ein mobiles Endgerät zur Verfügung hat und dass Lehrkräfte, die gezielt und verpflichtend ortsnah medienpädagogisch aus- und fortgebildet werden, um digitale Lerninhalte auch didaktisch aufbereiten zu können. Wir brauchen darüber hinaus eine Entlastung der Lehrkräfte, die sich bisher um die Hardware an den Schulen gekümmert haben. Wir müssen die Professionalisierung der digitalen Schule einleiten. Dazu wollen wir Digitalmentor*innen an unseren Schulen ausbilden und anstellen

4. Schulbau

1. *Wir Eltern bekommen immer wieder Rückmeldungen über schlechtes Raumklima in den Klassenräumen, viele Kinder, kleine Räume, steigende Außentemperaturen. Bürogebäude zum Beispiel, wird durch den Einsatz von Lüftungs- und Klimaanlage für ein angenehmes Raumklima gesorgt, damit die Mitarbeiter effizient und produktiv arbeiten können.*

Sehen Sie hier nicht auch bei der Sanierung bestehender und Umsetzung neuer Schulgebäude großen Nachholbedarf?

In einer angenehmen Umgebung, in sauberen und großen Räumen lernt es sich am besten. In den letzten Jahren konnten viele Schule und Kitas energetisch saniert und technisch auf den neuesten Stand gebracht werden. Es warten aber noch viele Gebäude darauf, saniert zu werden. Wir brauchen daher ein Investitionsprogramm zur Schulsanierung für die Schulen, die nicht in den Genuss des STARK-III-Programms gekommen sind. Hierbei müssen auch Investitionen in Sportstätten und Schulhöfe ermöglicht werden. Wir wollen die Schulbaurichtlinie überarbeiten und an die neuesten technischen und vor allem Standards der Inklusion anpassen.

5. Schulsystem

1. *Durchlässigkeit des Schulsystems von Sachsen-Anhalt.
In den letzten Jahren wurden die Lehrpläne überarbeitet. Zusammen mit den Stundenstreichungen an den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen haben sich die Anforderungen an Lernende im Vergleich der Lehrpläne erheblich auseinander bewegt. Hierdurch ist es Lernenden mit einer ursprünglichen Sekundarschullaufbahn kaum noch möglich in die gymnasiale Schullaufbahn zu wechseln. Das System ist somit effektiv undurchlässiger geworden.*

Welche notwendigen Maßnahmen werden Sie unternehmen, um die Durchlässigkeit des Schulsystems aus Richtung Sekundarschullaufbahn in Richtung Abitur zu verbessern? Werden Sie an der Niveauabsenkung in den Lehrplänen der Sekundar- und Gemeinschaftsschulen festhalten? Wie werden Sie mit den 15 %-tigen Stundenreduzierungen an den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen umgehen?

Bildungsgerechtigkeit und gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen darf nicht davon abhängen, wo sie wohnen, welche Schulform sie besuchen oder welche finanziellen Mittel die

Eltern zur Verfügung haben. Alle Kinder und Jugendlichen haben das gleiche Recht auf eine gute Bildung. Wir wollen eine bessere Unterrichtsversorgung an allen Schulen und mehr Lehrkräfte.

Wir stehen für das längere gemeinsame Lernen an den Gemeinschaftsschulen, die sich als leistungsstarke und vor allem sozial gerechte Schulform etabliert hat und Schulabschlüssen bis zum Abitur anbietet. Kinder lernen so länger gemeinsam ohne sich bereits nach der 4. Klasse für einen Schulabschluss entscheiden zu müssen. Um ein erfolgreiches längeres gemeinsames Lernen zu ermöglichen, werden wir alle Entwicklungshemmnisse beseitigen, die die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsschulen verzögern oder aufhalten. Längeres gemeinsames Lernen ist ein Erfolgsmodell, und es muss mit Modellen der Ganztagschule zusammen gedacht und entwickelt werden. Wir schaffen so passgenaue schulische Angebote, die der Vielfalt des ländlichen und des städtischen Raumes gerecht werden.

Wir beobachten seit Beginn der Legislatur mit großer Sorge ein kontinuierliches Absinken der Unterrichtsversorgung, besonders an Grundschulen sowie an den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen. Wir haben das immer wieder deutlich kritisiert, da nur einige Schulformen von den Kürzungen der Stundenzuweisungen und der Kürzung der Stundentafel betroffen sind.

Wir haben Bildungsminister Tullner von Anfang an immer wieder Vorschläge unterbreitet, um mehr Lehrkräfte einzustellen: Das beginnt bei der Flexibilisierung und Professionalisierung des Einstellungsmanagements für Bewerber*innen und Einstellungszusagen für alle Referendar*innen, die in unserem Land ausgebildet werden. Weiterhin bedarf es Einstellungsbudgets für alle Schulen mit einer Unterversorgung und ein tragfähiges Konzept zur Qualifizierung von Seiteneinsteiger*innen mit konkreten Maßnahmen, die ihnen zeigen, dass sie an den Schulen willkommen sind und die ihnen die Unterstützung bietet, die sie brauchen um in ihrem neuen Beruf Fuß zu fassen. Damit mehr Lehrkräfte eingestellt werden können, soll das Personal des Landesschulamtes, das für die Personaleinstellungen verantwortlich ist, aufgestockt werden. Es muss das Ziel sein, innerhalb weniger Monate so viele Lehrkräfte einzustellen wie möglich, um den Lehrer*innenmangel offensiv anzugehen.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die seit 2016 vorgenommenen Kürzungen der Stundenzuweisungen seit dem Schuljahr 2017/2018 und die „effizienzsteigernden Maßnahmen“ für die Sekundar- und Gemeinschaftsschulen“ zurückgenommen werden. Wir wollen Bildung durchlässig gestalten und niemanden auf einen bestimmten Bildungsweg festlegen. Daher müssen die Übergänge zwischen Schulformen flexibler gestaltet werden damit jede*r den bestmöglichen Abschluss macht.